

85. Jahreskongress des TUC

Autor(en): **Bieligk, K.F.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **45 (1953)**

Heft 11

PDF erstellt am: **15.05.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-353615>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

zent reguliert waren. Ueber die Art der Erledigung und das von der Anstalt gezeigte soziale Verständnis gibt der Bericht über das Rechtswesen keine ungünstige Auskunft. Es gingen bei kantonalen Versicherungsgerichten 413 Klagen, also etwa 2 Promille der Schadenfälle, ein, wesentlich weniger als in den Vorjahren. Durch Urteil erledigt wurden im Berichtsjahr durch die kantonalen Gerichte 167 Fälle, und zwar 111 Fälle zugunsten der Anstalt, 45 teilweise zu ihren Gunsten und nur 11 zu ihren Ungunsten. Berufungen an das Eidg. Versicherungsgericht erfolgten in 51 Fällen. Erledigt durch Urteil wurden 40 Fälle, und kein einziger fiel zuungunsten der Anstalt aus. Diese Verhältnisse stellen dem sozialen Verständnis der Anstalt sicher kein schlechtes Zeugnis aus. Streitigkeiten wird es immer geben; die besondere Mentalität der Versicherten in ihren Forderungen ist noch nicht verschwunden, aber Gesetz muß Gesetz bleiben, wenigstens in der Demokratie. Viel kann zur Beseitigung von Spannungen beitragen die allgemeine Aufklärung, der Dienst am Kunden, und da stellt der Schreiber mit Befriedigung fest, daß der persönliche Kontakt mit Versicherten und Betriebsinhabern gefördert worden ist, daß Vorträge, Filmvorführungen und Diskussionen stattgefunden haben, um Vorurteile zu zerstören und die freundschaftlichen Beziehungen zu schaffen, ohne die eine Gemeinschaft ihre Aufgabe nicht erfüllen kann.

Dr. A. B.

85. Jahreskongreß des TUC

«Es mag in der Welt größere Gewerkschaften geben als unsere, aber es gibt keine besseren.» Mit diesen Worten würdigte *Tom O'Brien*, der Präsident des Englischen Gewerkschaftsbundes für 1952/53, in seiner Begrüßungsrede an die Delegierten des 85. Jahreskongresses die Fülle von positiven Leistungen, die die Gewerkschaftsbewegung für den Schutz und die Wohlfahrt ihrer Mitglieder vollbracht hat. «Es ist absolut wahr, zu sagen», so fuhr er fort, «daß es nicht einen Mann, nicht eine Frau, nicht ein Kind in unserem Land gibt, die in ihrem täglichen Leben nicht die Früchte der Arbeit der Pioniere der Gewerkschaftsbewegung und der aufrichtigen Loyalität der aktiven Gewerkschafter von heute genießen.» Das ist wahr für England und ebenso wahr für die Gewerkschaftsbewegung in vielen anderen Ländern.

Die Anerkennung ihres Wirkens durch die Arbeiter und Angestellten kommt in der in den letzten drei Jahren nicht unterbrochenen Zunahme an Mitgliedern zum Ausdruck, die 1952 sich auf 68 371 belief. Mit über 8 088 000 Mitgliedern, unter denen sich 1 315 314 Frauen und Mädchen befinden, hat sich die Mitgliederzahl der dem TUC angeschlossenen Verbände in den letzten fünf-

zehn Jahren mehr als verdoppelt, da sie 1937 nur über 4 018 000 Mitglieder berichten konnten. Da 1952 in der Textilindustrie ein empfindlicher Konjunkturückschlag zu verzeichnen war, der 130 000 bis 150 000 Arbeiter und Arbeiterinnen monatelang arbeitslos machte und den Gewerkschaften in der Textilindustrie einen Verlust von fast 30 000 Mitgliedern brachte, ist die Zunahme der Gesamtmitgliederzahl um so bemerkenswerter. Der größte Teil davon entfällt auf die Gewerkschaften der Metall- und Maschinenindustrie mit fast 57 000 und auf die Verbände der Staatsangestellten mit 12 000 neuen Mitgliedern.

Die Struktur der englischen Gewerkschaftsbewegung

Diese 8,088 Millionen Gewerkschafter verteilen sich auf insgesamt 183 Verbände, deren kleinster 30 und deren größter über 1 130 000 Mitglieder zählt. Diese Vielzahl der Organisationen ist ein ernstes Problem, das von den Gewerkschaften diskutiert und auf jedem Jahreskongreß durch eine oder mehrere Entschlüsse erneut in Erinnerung gebracht wird. Sie ist das Produkt der planlosen, meist spontanen Gründung von Gewerkschaften der verschiedenen Berufe und Beschäftigungen in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts. Obwohl in den letzten drei Jahrzehnten zahlreiche Verschmelzungen erfolgt sind und jedes Jahr neue Zusammenschlüsse stattfinden, ist die Zahl der Verbände, die dem TUC angeschlossen sind, in den verschiedenen Industrien und Wirtschaftszweigen die folgende: Bergbau 2, Eisenbahnen 3, Transporte 10, Schiffsbau 4, Maschinen, Metall, Automobil, Elektriker 27, Eisen und Stahl 18, Bau, Holz, Möbel, Maler 19, Druck und Papier 14, Textil und Bekleidung 34, Leder, Schuh 6, Nahrungsmittel 4, Glas und Porzellan 14, Landwirtschaft 1, öffentliche Arbeiter 4, Zivilangestellte 7, Künstler, wissenschaftliche Arbeiter 13, allgemeine Arbeiter 4, Steine 2.

Vor einigen Jahren hat der Generalrat des TUC in Ausführung eines Kongreßbeschlusses eine gründliche Untersuchung für eine Verbesserung und Stärkung der Struktur der Gewerkschaftsbewegung durchgeführt. Sie nahm drei volle Jahre in Anspruch. Obwohl die Schwächen und Nachteile der Zersplitterung und ebenso die Notwendigkeit der Anpassung der gewerkschaftlichen Organisation an die Entwicklung der Wirtschaft und ihrer Formen allgemein anerkannt sind, ergab sich doch, daß eine grundlegende Aenderung in der Gewerkschaftsstruktur infolge der Widerstände, die mit der unterschiedlichen Tradition, den besonderen Bedingungen in den einzelnen Industrien oder mit den lokalen Bedingungen und mit den stark abweichenden Organisationsformen begründet wurden, nicht möglich war. Als positives Ergebnis wurde von dem darauf folgenden Kongreß der Vorschlag beschlossen, den Gewerk-

schaften der gleichen und verwandter Industrien die Entwicklung einer engeren Zusammenarbeit, die Bildung von Föderationen unter Aufrechterhaltung der organisatorischen Selbständigkeit und den Ausbau von zentralen Industrieausschüssen mit ratgebendem Charakter unter Teilnahme des Generalrats des TUC zu empfehlen.

Diese Empfehlung ist nicht unbeachtet geblieben. Es bestehen mehrere Föderationen, von denen die in der Schiffsbau- und Maschinenindustrie mit 28 Gewerkschaften, die der Bauindustrie mit 22 und die für Druck und Papier mit 14 Verbänden die bedeutendsten sind. Aber in den meisten Industrien ergeben sich aus der gewerkschaftlichen Zersplitterung noch immer Schwierigkeiten bei den Kollektivverhandlungen. Oft nehmen daran nicht nur zwei oder drei Verbände, sondern zwölf bis achtzehn Gewerkschaften teil; das geschieht sogar, wenn die Verhandlungen nur mit einem einzigen Unternehmer geführt werden müssen. Auch die Ausarbeitung der Gewerkschaftspolitik für einen bestimmten Industriezweig wird durch die Zersplitterung kompliziert. Gelegentlich kommt es zu Differenzen zwischen den Organisationen darüber, welcher Gewerkschaft die Arbeiter eines Betriebs anzugehören haben. Beim Generalrat des TUC besteht ein besonderes Komitee für die Beilegung derartiger Differenzen. Im letzten Jahre hatte es zwölf Fälle dieser «Grenzstreitigkeiten» zu schlichten.

Da sich an der Einstellung der Mehrheit der Gewerkschaften zum Strukturproblem nichts geändert hat, wies der Generalsekretär *Victor Tewson* die Einladung, eine neue Untersuchung vorzunehmen, zurück, und der Kongreß schloß sich ihm an.

Lohnpolitik und Lebensstandard

Der Hauptteil der Beratungen fand im Schatten einer unsicheren Entwicklung der englischen Wirtschaft statt. Die konservative Regierung maskiert sich zwar gern als Retter der Wirtschaft, weil die Gold- und Devisenreserven Englands und des Commonwealth sich im letzten Jahre erhöht haben; Tatsache aber ist, daß mit ihrem Antritt Ende Oktober 1951 die seit 1946 andauernde Steigerung der Produktion zum Stillstand kam, der 1952 zu einem Rückschlag wurde. Im Sommer 1953 hat die industrielle Produktion Englands gerade wieder den Stand von 1951 erreicht. Die Warenausfuhr hat sich noch ungünstiger entwickelt. Statt einer 15prozentigen Erhöhung, die der Schatzkanzler in diesem Jahre für notwendig hielt, wenn die internationale Zahlungsbilanz Englands und damit die Situation für die gesamte englische Wirtschaft sich nicht weiter verschlechtern soll, ist ein Rückgang der Warenausfuhr in den ersten acht Monaten dieses Jahres um 7 Prozent zu verzeichnen. Es besteht nur geringe Aussicht, daß dieser Ausfall bis zum Jahresende wettgemacht werden kann. Außer dieser unsicheren Wirt-

schaftsentwicklung, in der die Krisentendenzen durch die schwere Aufrüstungslast noch begünstigt werden, wird den Gewerkschaften die Erfüllung ihrer Aufgaben durch die antisoziale Wirtschafts- und Finanzpolitik der gegenwärtigen Regierung erschwert, die den Lebensstandard der arbeitenden Menschen weiter ernstlich bedroht.

Angesichts dieser Situation hat der TUC auf früheren Kongressen eine Lohnpolitik beschlossen, die den Gewerkschaften empfahl, ihre Bemühungen auf die möglichste Erhaltung des Lebensstandards zu konzentrieren und bei Lohnforderungen insbesondere die niedrigst bezahlten Arbeitergruppen zu berücksichtigen. Der vorjährige Kongreß sprach sich für eine Beschränkung in den gewerkschaftlichen Lohnforderungen aus; diese sollten sich im allgemeinen im Rahmen des durch die Verteuerung der Lebenshaltungskosten notwendig gewordenen Ausgleichs halten. Nun sind jedoch die Löhne im letzten Jahre erneut hinter der allgemeinen Teuerung zurückgeblieben, und der Sekretär des Verbandes der öffentlichen Arbeiter (170 000 Mitglieder) machte in der Debatte über die EntschlieÙung zur Lohnfrage die Feststellung, daß die amtliche Ziffer im Vergleich zu 1947 eine Senkung des *Reallohnes* um 5 Prozent zeige. Mehrere Gewerkschaften setzten sich für eine völlige Aufhebung der Empfehlung der Beschränkung bei Lohnforderungen ein, während der Generalrat eine EntschlieÙung der Pöstlergewerkschaft akzeptierte, die *«jede Form von Beschränkung ablehnt, die die kollektiven Verhandlungen und die unabhängige Schiedsbarkeit beeinträchtigen» könnte*. Die von ihm und der Mehrheit des Kongresses befolgte Lohnpolitik wurde von dem Sekretär des Transport- und allgemeinen Arbeiterverbandes, *Arthur Deakin*, so formuliert: «Die Gewerkschaften müssen mit Mäßigung vorgehen. Aber wir werden nicht ruhig dastehen und zusehen, wie unser Lebensstandard heruntergedrückt wird und unsere gewonnenen Erfolge verloren gehen, weil die Regierung darauf verzichtet, eine Politik der Stabilisierung und danach der Herabsetzung der Preise zu befolgen.» Die von ihm befürwortete EntschlieÙung wurde mit überwältigender Mehrheit beschlossen und die andere mit 5 018 000 gegen 2 614 Stimmen verworfen. Der Ablehnung verfiel eine weitere EntschlieÙung, die verlangte, daß der TUC auf die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes hinwirken solle.

Gewerkschaften und Produktionssteigerung

Die Erweiterung des gewerkschaftlichen Aufgabenkreises hat den TUC seit Jahren schon an der Kampagne für die Steigerung der Produktion aktiv teilnehmen lassen. Seine Vertreter gehören dem *Britischen Produktivitätsausschuß* an, in dem außerdem die Federation der Industriellen, die Arbeitgebervereinigung, der Landesverband der verarbeitenden Industrien und die Vereinigung der

Handelskammern vertreten sind. Dieser zentrale Produktivitätsausschuß hat im letzten Jahre in einer Reihe von Städten Lokalausschüsse gebildet, an denen in den meisten Fällen ebenfalls die Gewerkschaften teilnehmen. Der Generalrat ließ auf dem Kongreß erklären, daß trotz der beträchtlichen Steigerung der Produktion, die seit 1946 stattgefunden hat, Englands wirtschaftliche Position noch immer leicht verwundbar sei und nach einer weiteren Erhöhung der Produktion und der Produktivität verlange. Sie sei gleichzeitig eine Sicherung gegen Arbeitslosigkeit und unumgänglich, wenn die Kosten für alle die Verbesserungen, die die Gewerkschaften fordern, aufgebracht werden sollten. Obwohl das im allgemeinen anerkannt würde, würden noch oft Widerstände gegen die Aufstellung neuer Maschinen und gegen die Einführung neuer Produktionsmethoden gemacht. Die Pflicht der Gewerkschaften sei es, die menschlichen Probleme in einer fortschrittlichen Weise, aber nicht nach sektiererischen Interessen zu lösen. Sie würden in den Kollektivverhandlungen dafür sorgen, daß die Arbeiter ihren vollen Anteil an den Früchten einer höheren Produktivität erhielten. Diejenigen, die zweifelten, daß das erreicht würde, hätten wenig Glauben an die Stärke ihrer Organisation. In der Debatte wurde darauf verwiesen, daß jede Aenderung in den Produktionsmethoden eine Aenderung der Akkordsätze nach sich ziehe, die in der Regel herabgesetzt würden.

Die positive Stellungnahme des Generalrats wurde mit überwältigender Mehrheit von den Delegierten gebilligt.

Mehr Gemeinwirtschaft!

Das stärkste Interesse wurde dem «*Vorbericht über öffentliche Eigentümerschaft*» entgegengebracht, den der Generalrat dem Kongreß unterbreitete. Der Kongreß von 1952 hatte ihn in einem Beschluß ersucht, im Laufe des Jahres die Ausdehnung der Nationalisierung bzw. Sozialisierung auf andere Industrien als bisher zu untersuchen und dem nächsten Kongreß die Industrien vorzuschlagen, die dafür in erster Linie reif sind. In dem «*Vorläufigen Bericht*» werden zunächst die Erfahrungen untersucht, die bisher mit der Nationalisierung gemacht worden sind. Der Generalrat kommt dabei zu folgenden Feststellungen: «In allen den Hauptindustrien, die seit 1945 nationalisiert worden sind und in denen die öffentliche Eigentümerschaft genügend Zeit hatte, um wirksam zu werden, hat sie die Leistungsfähigkeit verbessert und ihre weitere Entwicklung gefördert. Von außen her wirkende Faktoren, u. a. der Mangel an technischem Personal, der von der Privatwirtschaft übernommen werden mußte, haben verursacht, daß der Erfolg nicht noch größer war. Aber auch so ist in allen nationalisierten Industrien ein guter Anfang gemacht worden, und in Gas, Elektrizität

und Straßentransport sind die technischen Verbesserungen und die Erhöhung der Leistungsfähigkeit besonders stark. Dank dieser Erfolge und als ein Resultat der Preispolitik der nationalisierten Unternehmungen sind die Preise für Kohle, Gas, Elektrizität und Transport weniger gestiegen als alle anderen Preise seit 1938... Alles in allem: ein unvoreingenommener Beobachter muß daraus schließen, daß die öffentlichen Unternehmungen prosperieren.» Aber es genüge nicht, so folgert der Generalrat, diese Erfahrungen einfach auf andere Industrien zu übertragen, sondern es sei notwendig, zu untersuchen, *«welchen Beitrag die Ueberführung einer Industrie in das öffentliche Eigentum zur Lösung von Englands drückenden wirtschaftlichen Problemen machen könne»*. Dazu wird darauf verwiesen, daß die wirtschaftliche Position Englands weiterhin «fundamental unsicher» bleibe und daß kein Grund vorliegt, anzunehmen, daß sie als «vorübergehende Faktoren in nächster Zeit verschwinden werden». Nach einer Skizzierung der Wirtschaftssituation wird die Feststellung gemacht, daß die Kapitalinvestierung von mindestens 13 bis 15 Mia Fr. jährlich notwendig ist, wenn England seine wirtschaftliche Unabhängigkeit und den gegenwärtigen Lebensstandard seiner Bevölkerung sichern will. An diesem Problem müsse jeder Vorschlag für die Ausdehnung der Gemeinwirtschaft gemessen werden.

Der Generalrat gibt dann der Auffassung Ausdruck, daß die Gefahr, daß die notwendigen Kapitalanlagen nicht gefunden werden könnten, von solcher Bedeutung sei, daß damit einige der anderen Risiken, von denen mit Bezug auf die öffentliche Eigentümerschaft gesprochen würde, stark vermindert würden. Aber es bestehe die weitere «Gefahr, daß wichtige Industrien, von denen England stark für die Ausfuhr oder für die wichtigen Nahrungsmittel und industriellen Halbfertigwaren abhängt, während der Uebergangsperiode vorübergehend in ihrer Leistungsfähigkeit beeinträchtigt würden; es besteht außerdem die Möglichkeit, daß Unternehmen englischer Gesellschaften im Auslande nach der Nationalisierung im Warenaußenhandel benachteiligt werden und daß darunter die englische Zahlungsbilanz leidet. Diese Gefahren müssen beachtet werden... Deshalb ist der nächste Schritt, der zu unternehmen ist, der, die Hauptpunkte für die Untersuchung von weiteren Industrien, die zuerst für die Nationalisierung in Betracht kommen, aufzustellen.» Für die Nationalisierung der Wasserversorgung ist die Notwendigkeit einer solchen Untersuchung nicht gegeben, sie kann nach der Auffassung des Generalrates sofort durchgeführt werden.

Der Bericht endet mit diesen Schlußfolgerungen: «Nach den Erfahrungen, die in den nationalisierten Industrien gemacht worden sind, besteht keine Ursache, anzunehmen, daß sich die Stellungnahme der Gewerkschaftsbewegung zu den Grundprinzipien der öffentlichen Eigentümerschaft geändert hat. Zur gleichen Zeit ist

zur Kenntnis zu nehmen, daß die Struktur der nationalisierten Industrien nach weiteren Untersuchungen von gewissen Modifizierungen Vorteil haben könnte... Es muß weiter zur Kenntnis genommen werden, daß bei der Ausarbeitung von Vorschlägen für die Ausdehnung der öffentlichen Eigentümerschaft auch andere Formen als bisher berücksichtigt werden müssen... Es ist unmöglich, in diesem Stadium zu sagen, welche Industrien in die öffentliche Eigentümerschaft übergeführt werden sollen. Das kann nur nach weiterer gründlicher Untersuchung der Tatsachen und im Lichte unseres sich verändernden wirtschaftlichen Glückes entschieden werden. Es kann jedoch gesagt werden, daß, abgesehen von den Beratungen, die mit den direkt betroffenen Gewerkschaften vorgesehen sind, sich die nächsten Aktionen des Generalrates in dieser Frage auf eine Anzahl der Maschinenindustrien, auf die Landwirtschaft und auf den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen beziehen werden. Sie sind die Sektoren unserer Wirtschaft, die für die nächste Zukunft die größte Aufmerksamkeit für sich beanspruchen können und die deshalb in erster Reihe für eine Untersuchung ihrer Nationalisierungsreife in Betracht kommen.»

Der Vertreter des Generalrats *Geddes* von der Pöstlergewerkschaft verteidigte den Bericht in einer geschickten und bemerkenswerten Rede. «Er enthält eine positive Politik», sagte er u. a., «mit der das Vakuum zwischen Kapitalismus und Sozialismus ausgefüllt werden soll. Das macht klar, daß die Gewerkschaftsbewegung auf dem Wege zum Sozialismus vorwärtsgeht; mit keinerlei Zweifel über die Notwendigkeit für weitere Nationalisierung bzw. Sozialisierung, wohl aber mit einigen Zweifeln über den Zeitpunkt und über die Methoden. Wenn es scheint, als ob der TUC langsam ginge, so nur, weil der Bericht dem Beispiel der früheren Nationalisierungspolitik der Gewerkschaft folgt. Die Situation ist komplizierter, weil die Produktion wohl kontrolliert werden muß, aber nicht eingeschränkt werden darf. Es ist wichtig, daß die Aufrichtung eines bürokratischen Ungeheuers vermieden wird, das die Einführung der Wirtschaftsdemokratie verzögern würde, die die Arbeiterschaft erwartet, sobald eine Industrie nationalisiert ist. Der Bericht ist ein grünes Licht für weiteren Fortschritt; der Generalrat wünscht, vorwärtszugehen. Er ist von denen, die die Nationalisierung hassen, willkommen geheißen und mit Beifall begrüßt worden, weil sie glauben, er sei das geringere von zwei Uebeln. Aber wenn der Kongreß ihn beschließt, so wird der Tag, den diese Leute fürchten, viel näher sein, als sie annehmen.»

Eine Entschließung, den Bericht zurückzuweisen, wurde mit 3 702 000 gegen 2 640 000, also mit einer Mehrheit von 1 062 000 abgelehnt. Nach diesem Abstimmungsergebnis hätten sich eine Reihe von Gewerkschaften mit zusammen 1 800 000 Stimmen der Abstimmung enthalten. Unmittelbar vor dem Schluß des Kongresses

teilte Generalsekretär *Victor Tewson* jedoch mit, daß eine Gewerkschaft mit über 1 200 000 Stimmen ausgelassen worden sei, von der bekannt sei, daß sie den Bericht billige.

Die Kleinarbeit des TUC

Die vielseitige Kleinarbeit des Generalrats während des letzten Jahres, über die 230 Seiten des Jahresberichtes unterrichten, konnte von dem Kongreß nicht genügend gewürdigt werden. Auch viele der dazu eingereichten Entschlieûungen mußten, obwohl sie wichtige Fragen berührten, im Eiltempo erledigt werden. Sie bezogen sich auf den Ausbau des Schulwesens; auf die Verbesserung des Gesundheitsdienstes und der Sozialversicherung; den Ausbau und die Ausdehnung der Fabrikgesetzgebung; auf einen Protest gegen Filme, die zu Gewalttätigkeit auffordern; auf die Förderung des Baues von Heimen für Alte; auf die Herabsetzung der hohen Tabak- und der Benzinsteuer; die Wiederaufrichtung des westöstlichen Handels und auf die Versuche mancher Unternehmer, die Gewerkschaften beiseite zu schieben und die Gründung von Hausgewerkschaften zu fördern. Der Kongreß wies auch eine Entschlieûung zurück, die verlangte, daß künftig kein Gewerkschafter ohne Zustimmung des Gewerkschaftskongresses eine Stellung in dem Verwaltungsrat einer entnationalisierten Industrie annehmen darf. Die Mehrheit ließ sich davon leiten, daß die Gewerkschaftsvertreter auch in einer entnationalisierten Industrie die Interessen der Arbeiterschaft wahrzunehmen hätten.

Der 85. Jahreskongreß hat sich mit seinen Beschlüssen mit großen Mehrheiten für eine Fortsetzung der bisherigen Wirtschafts- und Gewerkschaftspolitik des TUC entschieden. Das fand auch in den Wahlen der 35 Mitglieder des Generalrats seinen Ausdruck, bei denen die Kommunisten, wie in all den letzten Jahren, völlig erfolglos waren.

K. F. Bieligk, London

Zurückdrängung der Genußgifte zur Sicherung der Leistungsfähigkeit

Eines der obersten Gesetze für jeden Menschen lautet: Die Nerven behalten! Das bedeutet für die meisten unter den heutigen Voraussetzungen nicht nur die Herstellung einer gleichmäßigen täglichen Leistungshöhe, sondern vielfach auch den sichersten Schutz gegen Zwischenfälle und Unfälle bei der Arbeit. Aber diese Nerven werden vielfach – manchmal ganz unwissentlich – erheblichen Angriffen aus-